

Aufstand in der WASG

Unvollständige¹ Chronik einer scheiternden Strategie²

Version 1

von

Egbert Scheunemann

Stand: 25. Januar 2006

- Kurz nach dem **Kasseler Bundesparteitag** und der **Urabstimmung** in der WASG Anfang-Mitte Juli 2005 verlassen viele Mitglieder, speziell (aber nicht nur) Sympathisanten und Mitglieder des so genannten „**Leverkusener Kreises**“, die WASG. Die Urabstimmung ergab eine über 80-prozentige Mehrheit zugunsten der „Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses mit dem Ziel, ein breites demokratisches Linksbündnis zu schaffen“. Dieser Prozess soll erst in zwei Jahren abgeschlossen sein. Beim „Leverkusener Kreis“ handelt es sich um eine Gruppierung, die – unter anderem – Probleme mit der SED-Vergangenheit und dem „demokratischen Zentralismus“ der PDS hat.
- **Linke Kritiker** in der WASG, die ausdrücklich die demokratisch-sozialistische Programmatik der Linkspartei.PDS positiv hervorheben, beharren auf ihrer Kritik an der Politik der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie auf der Programmatik der WASG: „**Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die Sozialabbau betreibt.**“
- Im so genannten „**Kooperationsabkommen III**“, das die Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS im Herbst 2005 aushandeln, heißt es unter Punkt 3: „Die Partei entsteht durch den Prozess des Zusammenwachsens von Linkspartei.PDS und WASG.“ Von einem „breiten demokratischen Linksbündnis“ ist also schon keine Rede mehr.
- Der **Berliner Landesverband der WASG** beschließt auf einem Landesparteitag Ende November 2005 mit großer Mehrheit, das **Kooperationsabkommen III abzulehnen**, zur **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus** im Herbst 2006 **eigenständig** und

¹ In einer zweiten (oder dritten etc.) Version dieser Chronik werde ich gerne Ereignisse nachtragen, die ich vergessen habe oder die mir überhaupt nicht bekannt waren. Falls mir – trotz aller Mühe bei der Recherche und des Versuches, die folgenden Ereignisse möglichst objektiv darzustellen – irgendwelche formalen oder inhaltlichen Fehler unterlaufen sein sollten, bitte ich darum, mir entsprechende Korrekturen und Hinweise zuzusenden: mail@egbert-scheunemann.de.

² Vorab: Es sei die Möglichkeit zugestanden, dass die Strategie, möglichst schnell zu einer reinen Fusion zwischen Linkspartei.PDS und WASG zu kommen, *nicht* scheitern wird, dass sich also in absehbarer Zukunft die Anhänger einer engen Fusionsoption in der WASG einfach mit der Linkspartei.PDS vereinigen – und große Teile der WASG und vor allem Heerscharen *potenzieller* Mitglieder und Wähler einer wirklich *Neuen* Linkspartei zurücklassen und vor den Kopf stoßen werden. Gemessen am – zumindest anfänglichen – Selbstanspruch der WASG und an dem auf dem letzten Bundesparteitag der WASG mit großer Mehrheit beschlossenen Vorhaben, ein möglichst *breites* linkes Parteienbündnis zu schmieden, wäre die Westausweitung der PDS, die ein solch enger Fusionsprozess faktisch darstellen würde, jedoch ein Scheitern, wie man es sich existenzieller und substanzialer kaum vorstellen kann.

damit auch **gegen die Berliner Linkspartei.PDS anzutreten** und über diese Frage in einer Urabstimmung unter den Mitgliedern der WASG Berlin noch vor dem zunächst für den 3.-4. März 2006 geplanten Bundesparteitag der WASG endgültig entscheiden zu lassen. Teile des Bundesvorstands der WASG sprechen **Drohungen** in Richtung Berliner WASG aus (Parteiausschluss, Geldentzug bzw. Entzug der Namensrechte etc.).

- Kurz nach diesem Beschluss der Berliner WASG **drohen** der noch amtierende sowie der designierte Parteivorsitzende der **Berliner Linkspartei.PDS, Stefan Liebich** und **Klaus Lederer**, damit, die WASG in Berlin durch Masseneintritte von Linkspartei.PDS-Mitgliedern **offen zu unterwandern**.³
- Anfang Dezember 2005 stimmt der **Länderrat** der WASG mit großer Mehrheit einer Beschlussvorlage des Bundesvorstands der WASG zu, der das Kooperationsabkommen III zugrunde liegt (es wird also nicht direkt über das Kooperationsabkommen III abgestimmt). **11 Länderräte unterzeichnen ein politisches Protokoll** dieser Länderratstagung, in dem unter anderem das **Blockwahlverhalten** des Bundesvorstands **kritisiert** wird (dem sich – in der Regel – nur ein Bundesvorstand widersetzt haben soll). Dieses führte dazu, dass viele Anträge, obwohl von großen Mehrheiten der Landesvertreter unterstützt, insgesamt doch **keine Mehrheit** fanden – unter anderem ein Antrag des eins zu eins der Programmatik der WASG entsprechenden Inhalts, dass sich die **WASG an Regierungen nicht beteiligen wird, die Sozialabbau betreibt**.
- Zeitgleich zum WASG-Länderrat Anfang Dezember 2005 wird im WASG-Landesverband **Bremen** der Landesvorstand komplett ausgetauscht. Dem neu gewählten Landesvorstand gehören, wie man hört, nur „**kritische Linke**“ an. Auf der Website der Bremer WASG heißt es in diesem Kontext: „Der in diesem Zusammenhang verabschiedete Antrag zur „Berlinfrage“ fordert den Bundesvorstand der WASG auf, auf einen politischen Kurswechsel der Linkspartei.PDS hinzuwirken, da das **Programm der WASG keine Regierungsbeteiligung mit Parteien zulässt, die sich am Sozialabbau beteiligen**.“⁴
- Kurz nach der Tagung des WASG-Länderrats treten Mitte Dezember 2005 über **20 Mitglieder der saarländischen WASG aus der Partei geschlossen aus** und begründen ihren Schritt in einem offenen Brief an den Bundesvorstand der WASG mit der Fixierung des Bundesvorstands auf eine **alleinige Fusion** mit der Linkspartei.PDS, der dem WASG-Programm offen widersprechenden **Realpolitik der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, der undemokratischen Politik des WASG-Bundesvorstands an der Basis vorbei** und der **satzungswidrigen** (geplanten) Handhabung so genannter **Doppelmitgliedschaften**.
- Ende Dezember treten Oskar Lafontaine in die Linkspartei.PDS und Gregor Gysi in die WASG ein. Daraufhin wendet sich der **Geschäftsführende Landesvorstand der WASG Nordrhein-Westfalens**, dem mit Abstand **größten Landesverband der WASG**, in einem offenen **kritischen Brief an Lafontaine und Gysi**, in dem freundlich von „freundlicher Übernahme“ (gemeint ist faktisch: „**feindliche Übernahme**“) die Rede ist sowie von einer „**reinen Fusion**“ zwischen Linkspartei.PDS und WA-

³ Vgl. <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/01.12.2005/2208052.asp>

⁴ Vgl. <http://www.wasg-hb.de/index.html>. Die Hervorhebung stammt – wie alle anderen Hervorhebungen in folgenden Zitaten auch – von mir.

SG, die in einem „Prozess von „oben“ gesteuert“ werde und die „**Basis nicht demokratisch“ beteilige.**

- In der letzten Sitzung des **Landesvorstands Hamburg** im Jahre 2005 äußern sich mehrere Landesvorstände **sehr kritisch** gegenüber dem Fusionskurs des Bundesvorstands und der Politik der Linkspartei.PDS speziell in Berlin. Bislang unterstützte der Hamburger Landesvorstand den Kurs des Bundesvorstands fast einhellig. In einem Pressebericht über den Dresdner Bundesparteitag der Linkspartei.PDS Mitte Dezember 2005 heißt es: „Ähnlich (wie davor genannte Kritiker; E.S.) äußerte sich auch Hamburgs WASG-Vorstandssprecher **Berno Schuckart**, der das Koalitionsgerede in Dresden als „**echte Katastrophe**“ bezeichnete. **Er fragte, worin sich denn die Politik des „rot-roten“ Berliner Senats von der des Hamburger CDU-Senats wirklich unterscheidet?**“⁵
- Von **WASG-Bundesvorstand Thies Gleiss** erscheint im Dezember 2005 ein Diskussionspapier, das sich sehr kritisch mit dem Fusionskurs der Mehrheitsfraktion des WASG-Bundesvorstands auseinandersetzt. In diesem Papier wird die „**Gründung der WASG... (als) Verkörperung der Kritik an der PDS-Regierungspolitik**“ in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet.⁶
- Bald darauf, Anfang Januar 2006, erscheint ein kritisches Papier der **WASG-Bundesvorstände Sabine Lösing, Thies Gleiss und Rainer Spilker**, in dem, anstelle einer einfachen Fusion zwischen WASG und Linkspartei.PDS, die „Neugründung einer neuen Linkspartei“ gefordert und festgestellt wird, dass „**in Berlin „ein weiteres so“** (gemeint ist die Regierungspolitik der Linkspartei.PDS; E.S.) **unmöglich** ist!“
- Ebenso Anfang Januar 2006 richten sich die Autoren des „**Aachener Appells**“⁷, der in der WASG breit rezipiert und in dem sehr enthusiastisch die Vereinigung der bundesdeutschen Linken propagiert und gefordert wurde, in einem **kritischen offenen Brief** an die gesamte WASG und Linkspartei.PDS.⁸ In diesem Papier wird die „strategische **Einengung** auf... **Regierungsbeteiligung**“, die „**Reduktion** des neuen gesellschaftlichen Linksbündnisses auf eine **reine Fusion** zweier Parteistrukturen“ sowie die „Organisierung dieses Fusionsprozesses **von oben nach unten**“ kritisiert.
- Auf einer Mitgliederversammlung der WASG der Region **Hannover** Anfang Januar 2006 kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Frage der **Doppelmitgliedschaft** und der **Form des Wahlantritts** zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen im Herbst 2006 (breites Wahlbündnis oder Antritt unter Führung der Linkspartei.PDS). Mitglieder der Fraktion „breites Wahlbündnis“ werfen Mitgliedern der anderen Fraktion vor, durch satzungswidrige **Doppelmitgliedschaften** die WASG Hannovers **unterwandern** zu wollen.
- Nach langen Auseinandersetzungen auch mit dem Bundesvorstand der WASG wählt die **WASG-Mecklenburg-Vorpommern** auf ihrem Landesparteitag Mitte Januar 2006 einen Vorstand, der der Politik der Linkspartei.PDS in der Schweriner Landesregierung **äußerst kritisch** gegenübersteht. In einer Presseerklärung heißt es: „Hinter der Entscheidung zu personellen Fragen stand eine Auseinandersetzung zum zukünftigen Kurs des Landesverbandes der WASG. Ausgehend von der bereits am 22. 10. 2005 in Pingelshagen geführten Grundsatzdebatte haben sich die Mitglieder, die sich

⁵ Vgl. <http://www.jungewelt.de/2005/12-14/016.php>

⁶ Vgl. <http://www.w-asg.de/1154.html>

⁷ Vgl. <http://projekt.neue-linke.info/2005/nr12/>

⁸ Vgl. <http://projekt.neue-linke.info/2006/nr57>

am Grundsatzprogramm dieser Partei orientieren, durchgesetzt. Danach wird sich die WASG an einer Regierung, die Sozialabbau betreibt, nicht beteiligen.“⁹

- **Oskar Lafontaine** hält auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin eine Rede, in der er es als „pervers“ bezeichnet, die Wasserversorgung zu privatisieren. Jene, die dies täten oder auch den „Wohnbereich“ privatisierten, hätten „nicht mehr alle Tassen im Schrank“ bzw. begingen, wie „hier in Berlin“, einen „Fehler“.¹⁰
- Der für den 3.-4. März 2006 geplante **Bundesparteitag** der WASG wird am 21. Januar 2006 vom Bundesvorstand **abgesagt** und auf Ende April 2006 **verschoben**. Gegen die vom Länderrat beschlossene **Neuwahl aller Delegierten zum Bundesparteitag (nicht aber des Bundesvorstands!!)** wird Einspruch erhoben. Das Bundesschiedsgericht gibt diesem Einspruch statt. **Klaus Ernst** meint in einem Interview: „Wir können es uns nicht leisten, dass uns kurz vor den Landtagswahlen der **Bundesparteitag um die Ohren fliegt**.“¹¹
- Kurz nach der Absage des Bundesparteitag formuliert der **Landesvorstand der WASG Baden-Württemberg** folgenden Beschluss: „Der Landesvorstand der WASG Baden-Württemberg fordert Bundesvorstand und Präsidium des Länderrats auf, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um ein zu Stande kommen des Bundesparteitags **Anfang März** zu gewährleisten. Wir sprechen uns **gegen** eine **Urabstimmung** zum **Kooperationsabkommen** zum jetzigen Zeitpunkt **ohne** vorherige Diskussion aus. Der Landesvorstand der WASG Baden-Württemberg fordert den Landesvorstand **Berlin** auf, noch vor dem Beginn der Urabstimmung über einen eigenständigen Antritt **auf Basis des Grundsatzprogramms der WASG** mit der Linkspartei.PDS Berlin über eine gemeinsame Kandidatur zum Berliner Abgeordnetenhaus zu verhandeln. Der Landesvorstand der WASG BA-WÜ **würde** eine gemeinsame Kandidatur bevorzugen – **diese muss aber mit den inhaltlichen Zielsetzungen der WASG vereinbar sein**.“¹²
- Auf dem Landesparteitag der WASG **Sachsen-Anhalts** in Magdeburg am 21. Januar 2006 wird der **gesamte Landesvorstand durch einen Misstrauensantrag des Amtes enthoben** und durch einen Landesvorstand ersetzt, der dem Fusionskurs des Bundesvorstand gegenüber **sehr kritisch** eingestellt ist.¹³
- Am 21. Januar 2006 findet in Düsseldorf das **5. Gesellschaftspolitische Forum** im Kontext der Parteineugründung statt: „Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung unter den Bedingungen der Präsenz der Linkspartei im Bundestag (Ratschlag)“.¹⁴ Dieses Forum wurde zunächst von den **linken Kritikern in der WASG** geplant und vorbereitet, dann aber in Absprache mit dem Bundesvorstand der WASG als offizielles Forum durchgeführt. **Dieses Forum war so gut besucht wie**

⁹ Vgl. <http://www.w-asg-mv.de/index.php?id=10>

¹⁰ Vgl. http://www.w-asg.de/uploads/media/Oskar_Lafontaine_140106.pdf

¹¹ Vgl. www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5162944,00.html

¹² Ich zitiere hier aus einer Mail, die mir der Landessprecher und geschäftsführende Landesvorstand der WASG Baden-Württembergs Damian Ludewig zugeschickt hat.

¹³ Vgl. <http://www.wasg-sachsen-anhalt.com>

¹⁴ Vgl. <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=10728>

kein anderes zuvor¹⁵ und entsprach in seiner Zusammensetzung (Teilnehmer wie Referenten) weit mehr dem Versuch, ein wirklich **breites** Linksbündnis zu organisieren, als die vorangehenden Foren, die mehr kleinen parteiinternen Diskussionsveranstaltungen glichen und fast ausschließlich von Linkspartei.PDS- sowie (in der Regel weit weniger) WASG-Mitgliedern besucht wurden.

- Am 26. Januar 2006 meldet der Berliner „Tagesspiegel“: „Chaos bei der WASG – und der PDS fehlt ein Rezept... **Landauf, landab liegen WASG und Linkspartei/PDS miteinander im Clinch**. Aus dem Projekt sei **„die Luft ziemlich raus“**, sagen Genossen hinter vorgehaltener Hand. Für Turbulenzen in beiden Parteien hatte der WASG-Landesparteitag am Wochenende in Magdeburg gesorgt. Dort wurde der Linkspartei-freundliche Vorstand abgewählt... Ähnliche Konflikte waren bisher vor allem aus Berlin bekannt, wo die WASG der mitregierenden PDS neoliberale Politik vorhält. „Wir werden uns diesen **Mummenschanz** nicht länger **bieten** lassen“, kündigte WASG-Bundesvorstand **Thomas Händel** an. Anfang Februar, bei einem Treffen der Landesverbände in Berlin, müssten sich insbesondere Vertreter aus Sachsen-Anhalt und Berlin **„klare Worte gefallen lassen“**. **Bodo Ramelow**, Fusionsbeauftragter der Linkspartei, nennt die Vorgänge in Magdeburg „lästig wie **Krätze**“. Und die PDS-Landesvorstände aus Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt stellten fest, die Entwicklung zu einer gesamtdeutschen linken Partei sei „nicht einfach“. Sie forderten: Wo Mehrheiten der WASG-Landesverbände das Ziel einer gemeinsamen Partei ablehnen, **„sind weitere Gespräche ohne Sinn“**. Die Führung gibt sich Mühe, die Probleme klein zu reden. Er könne sich nicht vorstellen, dass bundesweit „vielleicht 250 **Hansel** es in der Hand haben, einen historischen Prozess zu verhindern“, sagt Fraktionsgeschäftsführer **Ulrich Maurer**. Fraktionschef Oskar Lafontaine redet von **Kinderkrankheiten** einer werdenden Partei. Er stellt sich vor, über ein „Gründungsmanifest“ den Streit in beiden Parteien wieder auf die inhaltliche Ebene zu heben und etwa eine klare Position gegen Privatisierungen festzuschreiben. Ob das Manifest zu Stande kommt, ist fraglich. PDS-Chef **Lothar Bisky** rät, nichts zu überstürzen. Die Vorstände hätten ohnehin **„ganz schön gedrängelt“**, sagt er. Sehr leicht könne die **Basis auch überfordert** werden.“¹⁶

Schlussbemerkung: „**Überforderte**“, an „**Kinderkrankheiten**“ leidende „**Hanseln**“, die sich bald **„klare Worte gefallen lassen“** müssen, betreiben einen „**Mummenschanz**“, der lästig ist wie „**Krätze**“. Ich wollte meine unvollständige Chronik des Scheiterns der Fusionsstrategie des Bundesvorstands der WASG (und der Linkspartei.PDS, aber das tut hier nichts zur Sache) eigentlich kommentarlos für sich sprechen lassen – bis ich vor wenigen Minuten die letztgenannte Meldung aus dem Berliner „Tagesspiegel“ las. Jenseits aller Taktik und allen politischen Kalküls und auch auf die Gefahr hin, dass ich in Zukunft bei gewissen Herrschaften noch unbeliebter sein werde als in der Vergangenheit so und so schon, sei angesichts dieser dummfetten Arroganz der Zitierten gesagt: Ihr wisst gar nicht, in welchen Ausmaßen ihr schon abgewählt seid.

¹⁵ Ich sehe hier von der Eröffnungsveranstaltung zum 3. Forum Anfang November 2005 in Berlin ab, auf dem Oskar Lafontaine und Gregor Gysi auftraten – mit entsprechendem Medienrummel und entsprechender Teilnehmerzahl.

¹⁶ <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/26.01.2006/2312600.asp>